

Neuer Kopf, alte Ideen?

„Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen

Kim-Yvonne Köhler
Stefan Seidendorf
Nils Thieben

Jenseits von Rechts und Links – Die potenzielle
Wählerschaft des Front National

Der Front National als doppelter Gewinner –
Rechtsruck Sarkozys als Antwort auf die Krise

Aus Alt mach Neu –
Marine Le Pen als Vorsitzende des Front National

Bedeutung für den Präsidentschaftswahlkampf 2012

Kim-Yvonne Köhler, Stefan Seidendorf, Nils Thieben*

Neuer Kopf, alte Ideen?

„Normalisierung“ des Front National unter Marine Le Pen

Einleitung

* Kim-Yvonne Köhler studiert International Cultural and Business Studies an den Universitäten Passau und Strasbourg, Dr. Stefan Seidendorf ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am dfi, Nils Thieben studiert Politikwissenschaften an der Universität Stuttgart

„Sie ist ein beeindruckendes Mädchen. Sie ist wie Obelix: Sie ist in die Politik gefallen als sie klein war“ (Le Figaro, 08.06.2010, S. 6). Der derzeitige Höhenflug des *Front National* (FN) unter seiner neuen Vorsitzenden Marine Le Pen scheint diese Aussage Jean-Marie Le Pens über seine Tochter zu belegen. Mit dem Versuch einer Neupositionierung der rechtsextremen Partei hat sie es in kurzer Zeit vermocht, dem FN ein gemäßigttes Image zu verleihen und sich als ernstzunehmende Konkurrentin im Hinblick auf den Präsidentschaftswahlkampf 2012 zu etablieren.

So zeigt eine ganze Reihe von Umfragen, dass es Marine Le Pen derzeit durchaus möglich wäre, den Wahlcoup ihres Vaters von 2002 zu wiederholen und in die Stichwahl der Präsidentschaftswahl 2012 einzuziehen. Offensichtlich gelingt es ihr, insbesondere die 2007 zu Sarkozy abgewanderten Wählerschichten zurückzugewinnen. Der Versuch des Präsidenten, durch die Besetzung „rechter“ Wahlthemen (Immigration, Identität, innere Sicherheit) den FN dauerhaft zu schwä-

chen und sich seines Wählerpotenzials zu bemächtigen, scheint mittelfristig den gegenteiligen Effekt zu erzeugen: Der Diskurs des FN wird legitimiert und der Partei gelingt es, sich dauerhaft im Zentrum der politischen Landschaft zu etablieren.

Die Gründe für das derzeitige Erstarren des FN liegen demnach sowohl in der vom Präsidenten verfolgten Strategie, sich der Themen dieser Partei zu bemächtigen, als auch in der geschickten Selbstinszenierung Le Pens. Beide Faktoren erzielen ihre Wirkung vor dem Hintergrund eines veränderten Wahlverhaltens, das sich aus der zunehmenden Auflösung klassischer Milieus und dem daraus folgenden Verlust der Parteibindung zentraler Wählerschichten ergibt. Die im französischen politischen System angelegte Personalisierung des politischen Wettstreits verstärkt dabei noch die Auflösung der Milieu- und Parteibindung der Wähler.

1. Jenseits von Rechts und Links – Die potenzielle Wählerschaft des Front National

¹ Die folgenden Abschnitte beruhen auf Pascal Perrineau (2002): „Le vote d'extrême droite en France: adhésion ou protestation?“ In: Futuribles (Paris), Nr. 276 (juin), S. 5 – 20 und Nonna Mayer (2002): Ces Français qui votent Le Pen – Paris: Flammarion.

Die Wählerschaft des Front National hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gewandelt und kann nicht mehr als ausschließlich rechtsextrem bezeichnet werden. Vielmehr lässt sich das Milieu der FN-Wähler nach zwei Kriterien klassifizieren.¹

Wo wird der Front National gewählt?

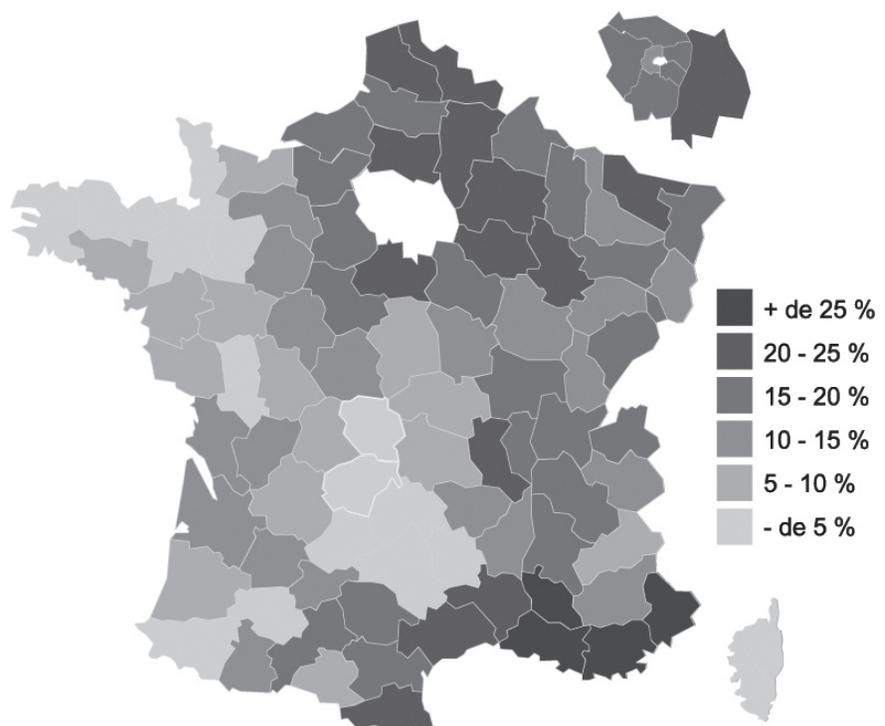
Das Gebiet, in dem der Front National in den letzten Jahren die größte Unterstützung erhalten hat, lässt sich vereinfacht als Bereich östlich einer imaginären Linie Le Havre-Valence-Perpignan kennzeichnen (vgl. Schaubild 1). Dieses Gebiet ist allerdings keiner speziellen politischen Orientierung zuzuordnen, sondern umfasst traditionell linke Regionen wie Nord-Pas-de-Calais, das Pariser Umland oder die alte republikanische Provence ebenso wie das traditionell rechte Elsass und Savoyen. Stattdessen sind es „alte“ und „neue“ Faktoren, die zusammenge-

nommen den besonderen Erfolg des FN in diesen Regionen erklären: Die guten Ergebnisse in den großen Metropolregionen mit ihren (im Vergleich) höheren Kriminalitätsraten und höherem Migrantenanteil verstärken sich, wo sie auf die „klassischen“ Milieus des FN treffen (Algerienfranzosen in Marseille beispielsweise).

Unterstützung erhält die Partei zudem in den alten Industrieregionen des Nordens und den Départements Moselle, Meurthe-et-Moselle und Loire, wo der Strukturwandel bis heute nicht gelungen ist. Dieser „ökonomisch“ erklärbare Erfolg ist wiederum dort noch größer, wo er auf bedrohte kleinbürgerliche Existenzen trifft, die seit den fünfziger Jahren Träger der rechtsautoritären Strömung in Frankreich sind. Die Ausdehnung der Ballungszentren ins Umland, etwa in Paris (Oise, Seine-et-Marne) oder Lyon (Nord du Rhône), sorgen für eine Verstärkung des Effekts.

² Quelle: www.lemonde.fr/elections-cantonales-2011/infographie/2011/03/22/cantonales-la-carte-des-resultats-par-parti_1497049_1470538.html (8.06.2011)

Schaubild 1: Wahlergebnisse des FN bei den Kantonalwahlen 2011 nach Departement (ohne Überseedepartements)²



³ François Plahone / Henri Rey (1996): „Le FN en terre communiste“, In: *Le Front National à découvert*, Hg. von Nonna Mayer / Pascal Perrineau – Paris: Presse de Sciences Po, S. 268 – 282.

Wer wählt den Front National?

Die zunehmende (geographische) Ausdehnung, sowie die heterogene soziale Schichtung seiner Wähler machen deutlich, dass es der FN geschafft hat, um die relativ kleine Stammwählerschaft herum einen größeren Kreis neuer Wählerschichten anzusiedeln und seine Position in der französischen Parteienlandschaft zu festigen. Doch auch diese „neuen“ FN-Wähler zeichnen sich durch ein bestimmtes Profil aus. So wählen überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffene junge Männer mit niedrigem Bildungsabschluss die Partei. Entsprechend lässt sich neben der ideologisch klar rechts orientierten eine weitere Wählerschaft identifizieren, die ideologisch weder links noch rechts einzuordnen ist und dem FN den Charakter einer neuen Klassenpartei verleiht, in der sich Verlierer von Strukturwandel und Globalisierung wiederfinden.

- **Die Stammwählerschaft**
Die rechte Stammwählerschaft umfasst den ursprünglichen, traditionellen Kern des FN. Dazu zählen die extrem rechten Gruppierungen der Nachkriegszeit, wie z.B. die Poujadisten (Anhänger Pierre Poujades) und Befürworter der *Algérie française*, die gegen die Unabhängigkeit Algeriens eintraten, außerdem Gegner der republikanischen Ordnung, wie beispielsweise Monarchisten und fundamentalistische Katholiken. Zu ihnen gesellen sich eher gemäßigte Rechte, die von ihrer sozialen und kulturellen Verortung her auch die bürgerlichen rechten Parteien wählen könnten. Gemein ist dieser Gruppe, dass sie eher in der unteren Mittelschicht und im gehobenen Milieu anzusiedeln sind. Sie verfügen über regelmäßigen Verdienst und besitzen (etwas) Eigentum. Diese Rechte ist politisiert und oft auch im FN sozialisiert. Sie kann bei einer Präsidentschaftswahl in der Stichwahl den Ausschlag geben, wenn sie ihre Stimmen auf den Kandidaten der bürgerlichen Rechten überträgt. Diese Wähler, die nicht direkt von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg betroffen sind, wählen aus ideologischer Überzeugung und daraus resultierender Unzufriedenheit mit der bestehenden Situation den Front National.
- **Die neuen Protestwähler**
Diese Stammwählerschaft konnte der FN seit den neunziger Jahren um Protestwähler erweitern, die sich selbst weder als links noch als rechts bezeichnen würden. Sie gehören mehrheitlich zum Prekariat

und zur Unterschicht, umfassen viele Schulabbrecher und ungelernete Arbeiter. Entsprechend überdurchschnittlich häufig sind diese Wähler von Arbeitslosigkeit betroffen. Die These der „Proletarisierung“³ des FN verweist darauf, dass es sich bei ihnen klassischerweise vor allem um Wähler der kommunistischen, teilweise der sozialistischen Partei handelte, die aus Unzufriedenheit mit ihrer sozialen Situation (bzw. aus Furcht vor dem sozialen Absturz) zum FN überliefen. Aufgrund ihrer Milieugehörigkeit sind die Protestwähler vom postindustriellen Strukturwandel und der fortschreitenden Liberalisierung der Weltmärkte besonders betroffen, entsprechend hoch ist der Prozentsatz der EU-Gegner (für sie der „Motor des Neoliberalismus“) unter ihnen.

Besonders deutlich wird dieses Phänomen in den klassisch linken Regionen des Nordens, in der kommunistischen Pariser Banlieue sowie in Teilen des Mittelmeerraumes. In den früheren Bastionen des *Parti Socialiste* (PS) und des *Parti Communiste Français* (PCF) haben die linken Parteien seit Jahren ihre Klientel an den Front National verloren. Die Wahl des Front National ist dabei keine Wahl für den FN, sondern eine Wahl gegen die etablierten Parteien.

- **Gemeinsam gegen das System**
Die heterogene Zusammensetzung der Wählerschaft des Front National ist Ausdruck der Auflösung klassischer sozialer Milieus und der von ihnen erzeugten Bindungskräfte. Anstelle der traditionellen Rechts-Links-Konstellation tritt eine *Pro-/Anti-Systemhaltung*. Die Ablehnung etablierter Kräfte und der von ihnen vertretenen gesellschaftlichen Ordnung vereint Wählerschichten, die ansonsten durch starke ökonomische, soziodemographische und ideologische Unterschiede gekennzeichnet waren. Gemein ist ihnen die Ablehnung Europas, der traditionellen Parteien sowie der Immigration und der „Unordnung“ in ihrem Land (vgl. Mayer 2002:159). Dem stellen sie als „echte Franzosen“ ein autoritäres Staatsverständnis gegenüber. Dem FN ist es gelungen, diese Ablehnung der bestehenden Verhältnisse zu verkörpern. Wo wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Pessimismus vorherrschen und nach Schuldigen gesucht wird, kanalisiert der FN diese Angst vor der (welt-)offenen Gesellschaft, indem er Sündenböcke präsentiert.

⁴ Sylvie Strudel/Viviane Le Hay (2007), Nachwahlumfrage des Cevipof – s. Anhang zur Erläuterung der Abkürzungen und Details der zitierten Umfragen.

⁵ Nur 25% der Wähler Sarkozys von 2007 finden seine Politik gegen die Unsicherheit effektiv und 31% sind der Meinung, er kümmere sich nicht um die Sorgen der Franzosen. (Ifop)

Um sich jener Wähler zu bemächtigen, die sich durch einen „starken Staat“ besser vor „Gefahren von außen“ geschützt sehen, bedient der FN zunehmend Versatzstücke des klassischen Legitimationsdiskurses der Republik: Der Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft, die Notwendigkeit einer nicht nur ordnenden, sondern interventionistischen und protektionistischen Wirtschaftspolitik, schließlich der Bezug auf die „Gleichheit“ aller Staatsbürger und die daraus abgeleitete Ablehnung aller positiven oder negativen Distinktionsmerkmale einzelner Gruppen innerhalb der Gesellschaft.

Diese Positionierung des FN, die sich in jüngster Zeit verstärkt hat, steht im Gegensatz zur Ansicht der anderen etablierten Parteien (wie PS, UMP und Grünen), die die gesellschaftliche Öffnung Frankreichs und seine ökonomische Integration als wünschenswert und notwendig betrachten und in ihr eine Chance für breiten Wohlstand sehen. Dabei teilt sich der FN seine Position mit anderen in Frankreich als „anti-liberal“ bezeichneten Parteien, die sich am Rande des linken und rechten politischen Spektrums befinden. Man kann demnach von der Bildung einer neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie (*cleavage*) sprechen, die sich quer zur traditionellen politischen Rechts-Links-Konstellation bildet. Diese neue Konfliktlinie (liberale vs. autoritäre Gesellschaft) zieht rechte und linke Wähler an und gewinnt seit rund zwanzig Jahren an Bedeutung (Perrineau 2002: 14). Die heterogene Wählerschaft des FN, die sich über ein Rechts-Links-Schema nicht erfassen lässt, illustriert diese Entwicklung und den Erfolg dieser Partei.

Konsequenzen: Protestwähler „zurückgewinnen“ oder „auf sie zugehen“?

Auch wenn es zunächst so scheint, als habe der Front National das Monopol auf diese frustrierten Protestwähler, so muss doch festgehalten werden, dass es sich dabei eben nicht um ein klassisches Parteilieu handelt, sondern eher um ungebundene Wähler, die je nach Frustrationsgrad zwischen Emotionalisierung und Interessenabwägung schwanken. Entsprechend häufig findet man die Protestwähler auch bei den Nichtwählern. Damit sind diese Wähler für alle Parteien und Kandidaten

von großem Interesse, und gerade die Wahl Nicolas Sarkozys 2007 hat gezeigt, dass es in der spezifischen Situation einer Präsidentenwahl möglich ist, diese Wählerschichten für eine Person zu mobilisieren, wenn der Kandidat bestimmte Themen besetzt – allerdings um den Preis, dass diese Themen dann dauerhaft Einzug in den politischen Wettstreit finden können.

So baute Sarkozy im Wahlkampf 2007 ganz auf das Thema der inneren Sicherheit und seine Erfolge als Innenminister der „harten Hand“. Diese innenpolitische Positionierung ergänzte er wirtschaftspolitisch durch sein Motto „mehr arbeiten, um mehr zu verdienen“ und seine Inszenierung als „Präsident der Kaufkraft“. Wahlstudien zeigen deutlich, dass diese Strategie erfolgreich war und es ihm gelang, viele Wähler Le Pens von 2002 für sich zu gewinnen. Etwa 26% von ihnen haben 2007 für Sarkozy gestimmt.⁴ Besonders deutlich wird dies bei den Arbeitern, die sich 2002 zu 24% für Le Pen ausgesprochen haben, 2007 jedoch nur noch zu 16%. Dagegen wählten nun 26% Sarkozy (+7% im Vergleich zu Chirac 2002). Ähnliche Trends finden sich in allen Milieus klassischer FN-Wähler, beim Kleinhandel und Handwerk sowie bei den Rentnern (siehe Tabelle 1).

Doch stellt sich natürlich die Frage, was der Preis dieser „Rückgewinnung“ einer volatilen Wählerschaft ist. In den vergangenen Monaten zeichnete sich immer deutlicher ab, dass die von Sarkozy erhoffte Bindung dieser Wähler nicht von Dauer ist und sich ein Großteil wieder in Richtung FN bewegt (siehe Tabelle 2), wo er die Themen Einwanderung und innere Sicherheit besser besetzt sieht als bei der Regierungspartei.⁵ Laut einer aktuellen Studie würden momentan nur 57% der Wähler Sarkozys von 2007 den amtierenden Präsidenten im kommenden Jahr wieder wählen. 21% seiner damaligen Wähler sprechen sich dagegen für eine Wahl Marine Le Pens aus. Gerade auch bei den Arbeitern und den Rentnern holt der FN wieder kräftig auf (Viavoix Avril).

Es zeigt sich also ein doppelter Effekt: Einerseits ist es zwar möglich, die Wähler des FN „zurückzuholen“ – andererseits zwingen diese Wähler jedoch ihrerseits Politikern ihre Themen auf, und Politiker „gehen auf sie zu“, um sich ihr Wählerpotential zu erschließen. Das beinhaltet die Gefahr, nicht nur die Sor-

Tabelle 1: Vergleich der Wählerschaft Jaques Chiracs (2002) und Nicolas Sarkozys (2007) in der ersten Runde der Präsidentschaftswahl⁶

⁶ Quelle: Sylvie Strudel/
Viviane Le Hay (2007):
Cevipof – Le panel électoral
2007. Enquête post-élec-
torale présidentielle 2007:
Nicolas Sarkozy, analyse
sociodémographique et
politique des votes –
Paris: Cevipof S. 2, S. 4

in %	Chirac 2002	Sarkozy 2007
Gesamt	25	31
Geschlecht		
- männlich	22	29
- weiblich	27	33
Alter		
- 18 - 24	19	22
- 25 - 34	17	28
- 35 - 49	21	26
- 50 - 64	25	32
- 65+	38	45
Beruf		
- Landwirt	45	52
- Verkäufer/Handwerker	38	52
- Angestellter	26	32
- Arbeiter	19	26
- Inaktiv	22	29

gen und die Agenda der FN-Wähler ernst zu nehmen, sondern sich auch auf die vom FN dazu vorgeschlagenen Argumente und Lösungen einzulassen.

Eine rechtsextreme und populistische Partei kann ihrerseits von einer solchen Situation profitieren, wenn es ihr gelingt, erfolgreich die Urheberschaft an ihren – mittlerweile in der Mitte der Gesellschaft

angekommenen – Themen und Lösungsvorschlägen zu reklamieren und sich als diejenigen darzustellen, die „schon immer“ die erwähnten Forderungen gestellt und Lösungen vorgeschlagen haben. Unter diesen Bedingungen ist es nur noch ein kleiner Schritt zur „Entdämonisierung“ einer solchen Partei (siehe Kapitel 3).

Tabelle 2: Entwicklung der Wählerschaft des Front National zwischen den Präsidentschaftswahlen 2002 und 2007 sowie Prognosen für 2012⁷

⁷ Quelle: Auszug aus
Baromètre Viavoice –
Libération Avril 2011,
11.04.2011

in %	Wähler Jean-Marie Le Pen 2002	Wähler Jean-Marie Le Pen 2007	Prognose Marine Le Pen 2012
Gesamt	16,9	10,4	17,0
Geschlecht			
- männlich	19	14	19
- weiblich	15	9	16
Alter			
- 18 - 24	12	7	14
- 25 - 34	13	14	16
- 35 - 49	16	12	18
- 50 - 64	22	14	20
- 65+	19	9	16
Beruf			
- Landwirt	8	3	11
- Verkäufer/Handwerker	6	8	13
- Angestellter	20	17	17
- Arbeiter	26	15	25
- Inaktiv	17	10	17

2. Der Front National als doppelter Gewinner – Rechtsruck Sarkozys als Antwort auf die Krise

⁸ Das Programm, Schlagworte und aktuelle Positionen des FN sind leicht zugänglich unter www.frontnational.com (20.04.2011)

Wendet man sich jedoch zunächst den Bemühungen der etablierten Parteien zu, sich das Wählerpotential des FN zugänglich zu machen, so ist es die erwähnte hohe Volatilität der Protestwähler, die die etablierten Parteien unter Druck setzt, Wahlversprechen umzusetzen und ihre Ankündigungen schnell zu verwirklichen. Die derzeitige Wirtschafts- und Finanzkrise erschwert dies allerdings. An die Stelle einer erfolgreichen Wirtschaftspolitik treten daher die Versuche der rechten Regierungspartei UMP, dem (wachsenden) Wählerreservoir des FN auf den Feldern der Symbolpolitik, der Innen- und Sicherheitspolitik entgegenzukommen, was weiter zur „Normalisierung“ der Rechtsextremen beiträgt. Es ist dabei weniger die Beschäftigung mit den vom FN besetzten Themen an sich, als die Akzeptanz der von ihm vorgegebenen Argumente und die Verbreitung der von ihm postulierten Sichtweise auf Themenfelder, die der Partei den Weg in die Mitte der Gesellschaft ebnen.

Unzufriedenheit mit den großen Parteien

Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise mit ihren sozioökonomischen Folgen vergrößert eine latent seit den achtziger Jahren herrschende Vertrauenskrise der Franzosen infolge nicht realisierbarer Wahlversprechen sowie einer zersplitterten Parteienlandschaft, die mehr durch Persönlichkeiten als durch Inhalte strukturiert wird. Dabei verstärkt die zunehmende Bedeutung der Konfliktlinie liberal/autoritär noch die Unübersichtlichkeit und Zersplitterung der Parteienlandschaft.

- Unerfüllte Wahlversprechen
„Ich bin der Kapitän des Schiffes, der das Ruder hält und Krisen in den Griff bekommt“ – so Frankreichs Staatschef Nicolas Sarkozy 2008 vor der UNO. Während des Wahlkampfes und den ersten Wochen seiner Amtszeit hatte er den Wählern versprochen, als „Präsident der Kaufkraft“ den lang ersehnten Bruch mit alten, verkrusteten Strukturen im Sozial- und Wirtschaftsmodell Frankreichs durch eine Vielzahl tiefgreifender Reformen voranzutreiben. Unter dem Einfluss der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise ab dem Jahre 2008 und ange-

sichts begrenzter finanzieller Handlungsspielräume veränderte die neue Regierung jedoch sehr schnell ihre Prioritäten. Gerade die oft mit viel medialer Unterstützung lancierten Programme, wie der *Plan Espoir Banlieue* zur Verbesserung der Situation in den Vorstädten oder der Aktionsplan zum Kampf gegen „illegale Einwanderung“ und zur Förderung von Integration, zeigten in der Folge kaum Ergebnisse oder wurden nur unzureichend umgesetzt. Und obwohl auch Frankreich die Folgen der Weltwirtschafts- und Finanzkrise und die daraus resultierende Rezession besser als erwartet überwunden hat (Anstieg des BIP um 1,6% im Jahr 2010), besteht das Problem einer Arbeitslosenquote von weiterhin 9,4% (erstes Quartal 2011, alle Angaben nach Eurostat, dem statistischen Amt der EU, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu>). In der Konsequenz bleiben damit genau jene Wählerschichten, für die der FN eine Alternative darstellt, weiterhin von der Krise und ihren Folgen am stärksten betroffen.

Insgesamt bestimmt das Gefühl zunehmender Distanz die Beziehung zwischen politischer Elite und Bürgern, deren Präferenzen nur mangelhafte Berücksichtigung im Regierungshandeln finden, was sich im Ansehensverlust des Präsidenten (29% positive/68% negative Einschätzung seiner Person, *Vivoice Avril*) und in der Unzufriedenheit mit der aktuellen Regierungspolitik niederschlägt. Zuletzt standen beispielsweise bei Wirtschaftsfragen drei Viertel der Franzosen der von der Regierung verfolgten Politik ablehnend gegenüber (BVA). Das Zusammenspiel aus Politikverdrossenheit, Frustration durch unerfüllte Wahlversprechen und schlechtere wirtschaftliche Rahmenbedingungen liefert dem FN ideale Ausgangsbedingungen, um für seine globalisierungskritische Ideologie der „nationalen Präferenz“ werben zu können und etwa den Ausstieg aus dem Euro zu fordern.⁸ Dabei profitiert die Partei weiterhin von der erwähnten neuen Konfliktlinie zwischen liberalen und autoritären Gesellschaftsmodellen, die zu Spannungen im Parteiensystem, bis hin zur Aufspaltung der klassischen Regierungsparteien (PS, UMP) geführt hat.

⁹ Die Ablehnung einer Koalition mit der extremen Rechten wurde vor allem von Jacques Chirac geprägt, nachdem der FN in den Neunzigern starke Zugewinne erzielen konnte und die Option einer Koalition zwischen bürgerlicher und extremer Rechte im Raum stand (siehe AFA April 1998).

¹⁰ In Anlehnung an den *Front républicain*, den die gemäßigt linken und Zentrumsparteien 1956 bildeten, um einen Ausweg aus der Algerienkrise zu finden und der chauvinistischen, autoritären Bewegung Pierre Poujades, der *Union de défense des commerçants et artisans (UDCA)*, den Zugang zur Regierung zu verweigern. Die von Politikern wie Pierre Mendès France, François Mitterrand und Guy Mollet getragene Koalition bildete sich auch gegen Jean-Marie Le Pen, damals eine der führenden Figuren in der Bewegung Poujades.

● Zersplitterung des Parteiensystems
Betrachtet man den Wahlkampf rund um die Kantonalwahlen im März 2011, so ist vor allem innerhalb Sarkozys UMP eine offen zur Schau getragene Uneinigkeit hinsichtlich einer Vielzahl von Themen festzustellen: Sei es die von UMP-Generalsekretär Copé initiierte Laizitätsdebatte, sei es die Frage des Umgangs mit dem Front National, jede dieser auch für den Präsidentschaftswahlkampf 2012 relevanten Fragen zeigte unvereinbare Positionen verschiedener Parteiflügel, die die Spannungen zwischen Zentristen, Radikalen, Liberalen, Gaullisten und der modernen Linken innerhalb der UMP offenbaren. War es Sarkozy bei der Präsidentschaftswahl 2007 noch gelungen, sein gesamtes politisches Lager hinter seiner Person zu vereinen, so scheinen heute die internen Spannungen zwischen Zentristen und Rechten unüberbrückbar.

Diese Spannung zwischen offener Gesellschaft und autoritären Konzepten manifestiert sich vor allem in der Frage des Umgangs mit dem FN. Hier reichen die Vorschläge von einer Normalisierung der Beziehung und möglicher Zusammenarbeit bis zur Verteidigung des strategischen *cordon sanitaire*.⁹ Die widersprüchlichen Vorgaben zum Umgang mit dem FN reichen bis an die Spitze der Regierung, wo der präsidentialen Anweisung „weder FN, noch Front Républicain“¹⁰ bei den Kantonalwahlen zu wählen, die Aufforderung des Premierministers, „gegen den FN“ zu stimmen, gegenüberstand.

Derartige Unstimmigkeiten rufen in breiten Teilen der Bevölkerung Partei- und Politikverdrossenheit hervor. So erklären 56 % der Franzosen, weder Vertrauen in die Linke noch in die Rechte zu haben, und 61 % bestätigen, Marine Le Pen weniger aufgrund ihres Parteiprogramms zu wählen, sondern vielmehr als Warnung an die politische Elite (Opinionway Cevipof). 22 % wollen damit ihre Enttäuschung ausdrücken, 16 % keine der anderen Parteien wählen, die sie für korrupt halten, 13 % ihrem Unmut über Sarkozy und seine UMP Ausdruck verschaffen und 3 % Kritik an der Parteipolitik der Linken üben (HI).

Strategisch ist es daher aus Sicht der großen Parteien naheliegend, die unzufriedenen Wählerschichten nicht durch immer neue, schwer oder gar nicht erfüllbare Versprechen *zurückzugewinnen*, sondern stattdessen diesen Wählerschichten inhaltlich *entgegenzukommen* – sich also

auf das antiliberalen, autoritäre Plädoyer für einen „starken Staat“ einzulassen und die dahinter stehenden Ordnungsvorstellungen einer statischen Gesellschaft ohne Einwanderung, ohne wirtschaftliche und soziale Liberalisierungstendenzen zu bedienen. Unter Sarkozys Führung verfolgt die UMP seit Jahren die Strategie, sich gesellschaftspolitisch diesen typischen Stammthemen des Front National anzunähern, also auf die Anliegen der verloren gegangenen Wählerschichten einzugehen. Während wirtschaftspolitisch weiterhin ein liberales Politikmodell verfolgt wird, ähneln die bisherigen Anstrengungen der Regierung, den Wählern des FN auf dem Gebiet der Gesellschafts-, Innen- und Sicherheitspolitik entgegenzukommen, stark den Vorschlägen des FN. Dies beinhaltet die Gefahr verschwimmender Parteigrenzen zwischen „demokratischen“ und „extremistischen“ Parteien und einer damit einhergehenden „Normalisierung“ des Front National.

„Normalisierung“ des FN durch Sarkozys Regierungspolitik

Die eben angeführte zunehmende Annäherung an rechtspopulistisches Gedankengut wird besonders deutlich, wenn man sich die innen- bzw. sicherheitspolitischen Ankündigungen und Maßnahmen des Präsidenten Sarkozy vor Augen führt. Betrachtet man das Schaubild 2, so wird deutlich, dass man drei Phasen der Innenpolitik Sarkozys unterscheiden kann.

So gründete der Präsident zunächst wie angekündigt das „Ministerium für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung“ und erließ zahlreiche Gesetze zur Stärkung der inneren Sicherheit. Nachdem er fast zwei Jahre die Sicherheits- und Einwanderungspolitik relativ ruhen ließ, folgten ab dem Sommer 2009 wieder zahlreiche Maßnahmen, die über die bisher verabschiedeten Gesetze hinausreichten, eine große Medienpräsenz garantierten und zu einer inhaltlichen Profilierung Sarkozys beitrugen. Die Bilder der Räumung des „Dschungel von Calais“ (vornehmlich afghanische Flüchtlinge, die auf eine Möglichkeit zur

Einreise nach Großbritannien warteten) oder der zahlreichen Roma, die am Flughafen auf ihre Maschinen nach Rumänien oder Bulgarien warteten, erzeugten hohe öffentliche Aufmerksamkeit, die der Präsident dann geschickt zur inhaltlichen Positionierung (etwa in der Rede von Grenoble, s. Schaubild 2) nutzte. Dieser Aktionismus muss vor dem Hintergrund der groß angelegten Debatten über „na-

tionale Identität“ und „Laizität“ (zuerst: über den Islam in Frankreich) gesehen werden.

Ins Leben gerufen, um vor den Regionalwahlen im Frühjahr 2010 die Wählerschaft von 2007 weiter zu binden, führte besonders die Verbindung der Debatte über „nationale Identität“ mit der Diskussion um Einwanderung und „Integration“

¹¹ Quelle: Eigene Zusammenstellung, dfi Pressearchiv

Schaubild 2: Innen- und sicherheitspolitische Politik des Präsidenten Sarkozy seit Amtsantritt¹¹

16.05.2007	Amtsantritt Nicolas Sarkozys
17.05.2007	„Ministerium für Immigration, Integration, nationale Identität und solidarische Entwicklung“ Schaffung eines Ministeriums parallel zum Innenministerium, das sich speziell mit diesen in Frankreich viel diskutierten Themen beschäftigen soll.
10.08.2007	„Loi sur la récidive“ oder „Loi Dati“ Einführung einer Minimalstrafe für Wiederholungsstraftäter. Geltungsbereich auch für Jugendliche ab 16 Jahren.
20.11.2007	„Loi du 20 novembre“ Schutz vor illegaler Immigration und Neuerungen bezüglich des Asylrechts.
25.02.2008	„Loi du 25 février“ Einführung der Möglichkeit einer Sicherheitsverwahrung nach Ablauf der Haftstrafe. Auch elektronische Fußfesseln oder ein ständiger Beobachter sind möglich.
22.09.2009	Räumung des „Dschungel von Calais“ Medienwirksame Räumung eines großen „illegalen“ Flüchtlingslagers in Calais. Es handelte sich um zumeist afghanische Flüchtlinge, die auf die Möglichkeit einer Übersetzung nach England warteten.
25.10.2009	Debatte um die „nationale Identität“ Beginn einer großen Debatte über „nationale Identität“ und die Rolle der Immigration in Frankreich. Leitfragen waren: „Was bedeutet es für Sie, ein Franzose zu sein?“ und „Welchen Beitrag leistet die Immigration zur nationalen Identität?“. Unbeabsichtigte Auslösung einer polemischen und reaktionären Diskussion.
28.07.2010	Beginn massenhafter Abschiebungen von Roma Aktionsplan, um den „Problemen, die das Verhalten einiger <i>gens de voyage</i> und Roma stellt“, zu begegnen. Am 5. August Ankündigung der „systematischen“ Räumung unzulässiger Wohnlager, „insbesondere die der Roma“. Harsche Reaktionen in EU und UNO.
30.07.2010	Diskurs von Grenoble Rede Sarkozys über die innere Sicherheit in Frankreich nach Unruhen und Ausschreitungen in Saint-Aignan und Grenoble. Ankündigung von Maßnahmen und Gesetzen. Verabschiedung Anfang 2011, Verschärfung der „Loi du 20 novembre“.
09.02.2011	Ankündigung der Laizismusdebatte Ankündigung einer Konferenz (für den 04.04.2011) unter dem Namen „Laizität, die Stellung der Religionen und besonders des Islam“ im Vorfeld der Kantonalwahlen. Heftige Kontroverse durch Fokussierung auf den Islam in der Debatte.
11.04.2011	Burkaverbot Inkrafttreten des Verbots der Ganzkörperverschleierung durch Burka und Nikab an öffentlichen Plätzen.

¹² vgl. <http://tempsreel.nouvelobs.com/actualite/politique/20110317.OBS9848/marine-le-pen-propose-a-gueant-de-devenir-adherent-d-honneur-du-fn.html> (17.05.2011)

zu einer nationalistisch geprägten, von fremdenfeindlichen Ressentiments durchzogenen Diskussion. Gerade die Möglichkeit der „Bürgerbeteiligung“ im Internetforum führte dazu, dass der Regierung die Debatte entglitt. Der Front National erkannte die Chance, vermittelte, dass das Thema nationale Identität und Immigration vom „Original“ besser vertreten würde als von Sarkozy, und bestimmte mit seinen Argumenten den Diskurs.

Vergleichbar sind die Hintergründe der Laizitätsdebatte: Da der FN sich unter Marine Le Pen von einer Partei, der fundamentalistisch katholische Kreise nahestanden, zu einer Befürworterin der Trennung von Kirche und Staat wandelte – und sich damit im Herzen der Republik wiederfand – konnte er beispielsweise gegen das Gebet von Muslimen auf der Straße und gegen Minarette polemisieren, ohne den Kern des republikanischen Konsenses zu verlassen. Damit wurde die Partei zu einer Bedrohung für Sarkozys UMP, der daraufhin im Vorfeld der Kantonalwahlen 2011 eine Debatte über Islam und Laizität anordnete (mit ähnlich kläglichem Ausgang wie bei der Debatte zur nationalen Identität). Sie führte nicht zur erhofften Marginalisierung des FN und zum Zugriff auf sein Wählerreservoir, sondern ließ die Agenda der extremen Rechten stattdessen weiter salonfähig werden. Durch seine Äußerung gegen Minarette in Frankreich und auf der Straße betende Muslime im Vorfeld der Debatte kopierte der Präsident geradewegs die Argumente Marine Le Pens.

War Sarkozy 2007 die glaubwürdige Besetzung traditioneller FN-Themen durch einen emotional geführten Wahlkampf im Kontext der Vorstadtunruhen und durch die Verbindung der Themen Immigration und innere Sicherheit erfolgreich geglückt, scheint die etablierte Dynamik heute in die umgekehrte Richtung zu wirken. So scheute sich Marine Le Pen nicht, Sarkozys neuem Innenminister Claude Guéant die „Ehrenmitgliedschaft“ im FN zu verleihen. Diese habe er sich, so Le Pen, mit seiner Aussage verdient: „durch die unkontrollierte Einwanderung haben die Franzosen manchmal das Gefühl, nicht mehr bei sich zu Hause zu sein“, was dem Gedankengut des Front „genau entspreche“¹². Die von der UMP verfolgte Strategie der thematischen Annäherung an die extreme Rechte lässt sich entsprechend kritisch hinterfragen. Statt einer dauerhaften Bindung der vom FN gewonnenen Wähler lässt sich vielmehr festhalten, dass das im Präsidentschaftswahlkampf 2007 erfolgreiche Rezept der UMP – die Besetzung der Themen des Front National – mittelfristig nicht zur Marginalisierung des FN führte, sondern stattdessen seine „Normalisierung“ und Stärkung in der Wählergunst einleitete.

Die zunehmende gesellschaftliche Akzeptanz der Themen und Argumente des Front National geht einher mit einer Modernisierung seines Auftretens und einigen inhaltlichen Anpassungen. Nach knapp 40 Jahren hat Jean-Marie Le Pen 2011 den Parteivorsitz seiner Tochter übertragen, die der extrem Rechten mithilfe einer inhaltlichen Neuausrichtung zu neuem Erfolg verholfen hat.

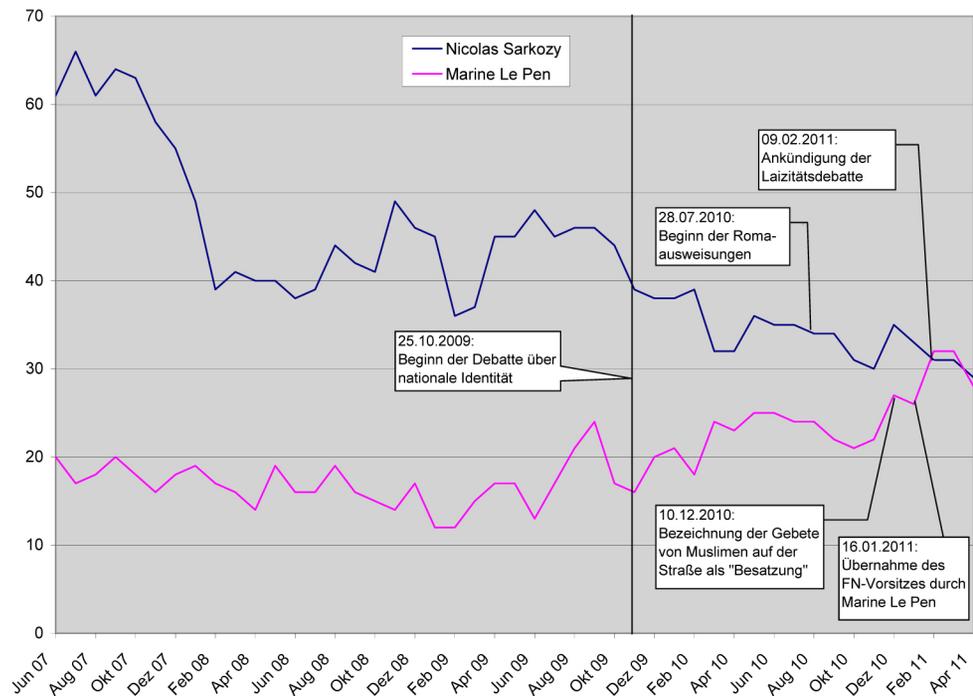
3. Aus Alt mach Neu – Marine Le Pen als Vorsitzende des Front National

„Marine ist die Qualifizierteste für den Vorsitz des FN, die einzige, die fähig ist, den von mir eingeschlagenen Weg fortzuführen“ (Libération 06.09.2010, S. 11), äußerte sich Jean-Marie Le Pen über seine Tochter Marine (eigentlich Marion Anne Perrin), die im Januar 2011 im Alter von 42 Jahren den Vorsitz der Partei übernahm und damit einen Generationenwechsel einleitete. Bereits seit 2006 vertraut mit der Schlüsselposition als Leiterin der damaligen Wahlkampagne, ist sie heute auf dem Höhepunkt ihrer bisherigen politischen Karriere angekommen. Dies belegen nicht nur die jüngsten Wahlerfolge bei den Kantonalwahlen im März 2011, sondern vor

allem ihre Sympathiewerte innerhalb der französischen Bevölkerung. So hat Marine Le Pen für drei Viertel der Franzosen (77%) das Bild des FN positiv beeinflusst (TNS Cantonales), und auch hinsichtlich der Präsidentschaftswahl 2012 steigen ihre Umfragewerte permanent an. Wünschten sich im Januar noch 13% der Franzosen Marine Le Pen als neues Staatsoberhaupt (Viavoix Janvier), sind es im April bereits 16%, während Nicolas Sarkozy von 24% auf 23% fällt (Viavoix Avril). Bei den Beliebtheitswerten ist der gleiche Trend zu beobachten. Während der Präsident kontinuierlich an Popularität verliert, gewinnt

Schaubild 3: Beliebtheitswerte Nicolas Sarkozys und Marine Le Pens im Vergleich¹³

¹³ Quelle: Eigene Zusammenstellung, basierend auf Baromètre politique von Ipsos (Juni 2007 - April 2011), zugänglich unter www.ipsos.fr/ipsos-public-affairs/actualites?term_node_tid_depth=166 (08.06.2011)



¹⁴ Alain Duhamel: „Le péril Marine Le Pen“; in: Libération, 13.01.2011, S. 21

Marine Le Pen beinahe zu gleichen Teilen an Zustimmung hinzu (siehe Schaubild 3 und Tabelle 2). Marine Le Pen verkörpert mit ihrem jungen, modernen Auftreten die neue Dynamik der extremen Rechten Frankreichs, die nach Parteispaltung, Finanzskandalen und ihrem schlechten Abschneiden bei der Europawahl 2009 bereits tot geglaubt war. Dabei profitiert die neue Vorsitzende von einer hohen medialen Aufmerksamkeit ebenso wie von der Schwäche der Regierung Sarkozy. Allgemein wird von einer „Neuorientierung“ und einem „Wandel“ des FN gesprochen und geschrieben. Doch bleibt zu hinterfragen, was sich in der Realität dahinter verbirgt.

Wie der Vater so die Tochter – Kontinuitäten

Laut einer Studie, die sich mit den Folgen des Wechsels des Parteivorsitzes des FN und dem Einfluss Marine Le Pens als dessen neuer Chefin beschäftigt (LH2), sehen nur 13% der Franzosen einen Kontinuitätsbruch mit der Parteiführung Jean-Marie Le Pens. Zudem bleibt Marine Le Pen für fast die Hälfte der Franzosen (46%) Repräsentantin einer extrem nationalistischen, fremdenfeindlichen Partei (TNS Le Pen).

Der angeblichen Neupositionierung, die beispielsweise am Bezug auf republikanische Werte festgemacht wird, stehen bei einem

Blick in das Parteiprogramm vor allem hinsichtlich der Einwanderungspolitik weitgehende Übereinstimmungen mit den Forderungen Jean-Marie Le Pens gegenüber. Wie ihr Vater verlangt auch die neue Vorsitzende ein Einwanderungsmoratorium, verbunden mit verschärften Einreise- und Aufenthaltsbedingungen; eine Politik der Abschreckung durch das Prinzip der nationalen Präferenz bei Sozialleistungen, sowie das Verbot des Familiennachzugs (vgl. die Website des FN). Ihre Verankerung in der traditionellen Parteilinie des FN ist somit unverkennbar. Ganz nach dem Vorbild ihres Vaters bedient auch die Tochter latente Ängste und Feindbilder, die einen klaren Bezug zum FN-Stammthema der Gefährdung „nationaler Identität“ durch Immigration, Islamisierung und Globalisierung aufweisen. Für den französischen Journalisten und Essayisten Alain Duhamel steht Le Pen argumentativ in der Tradition der dreißiger Jahre, wenn sie in ihrem Parteiprogramm weiterhin auf die bewährten Gewinnerthemen „Hypernationalismus, Isolationismus und Fremdenfeindlichkeit“¹⁴ setzt. Allerdings befindet sich der FN damit zunehmend in der Mitte der Gesellschaft, da rund die Hälfte der Franzosen der Meinung ist, es gäbe zu viele Immigranten in Frankreich (LH2, TNS Le Pen). Wenn also in der programmatischen Substanz des FN wenig Veränderung festzustellen ist,

¹⁵ vgl. Mathias Bernard: „Le Pen un provocateur en politique“; in: *Vingtième siècle. Revue d'histoire*, Nr. 93, jan-mars 2007, S. 37-45.

¹⁶ www.lefigaro.fr/flash-actu/2011/03/30/97001-20110330FILWWW00462-le-pen-le-fn-n-est-pas-anti-semite.php (30.03.2011)

¹⁷ Mael Thiery: „Au nom du père: Marine Le Pen est prête à mettre la main sur le Front national“; in: *Le Nouvel Observateur*, Nr.2385, 22.07.2010, S.34

so lassen sich jedoch in der strategischen Ausrichtung und der „Vermarktung“ des Programms einige Anpassungen feststellen, die es dem FN erleichtern, sich in die Mitte der Gesellschaft zu bewegen.

Operation Entdämonisierung

Die Neuausrichtung des *Front National* unter Marine Le Pen lässt sich im Wesentlichen an drei Punkten aufzeigen.

- Abkehr von Antisemitismus und Rassismus?

Um sich aus der isolierten Position zu befreien, die der FN in Frankreich durch seine Ablehnung der republikanischen Grundwerte des Staates einnahm, setzt Marine Le Pen auf eine Strategie der Entdämonisierung. Sie distanziert sich bewusst von der antisemitischen Politik ihres Vaters, der die Judenverfolgung als „geschichtliches Detail“ verharmloste und in der Folge mehrmals wegen „Aufstachelung zum Rassenhass“ verurteilt wurde.¹⁵ Anstelle verbaler Provokationen und Entgleisungen, wie sie Jean-Marie Le Pen bewusst tätigte, um mediale Aufmerksamkeit zu erlangen, provoziert die Tochter subtiler. Um die vom FN etablierten Mobilisierungsmechanismen (Ausländerfeindlichkeit, Stereotypisierung, Sündenbockstrategie) weiterhin erfolgreich einzusetzen, wendet sie sich vor allem gegen Moslems und die „Islamisierung der Gesellschaft“, unter bewusster Abgrenzung von antisemitischen Aussagen. Marine Le Pen beansprucht, für einen Bruch mit dem antisemitischen Erbe des Front National unter Jean-Marie Le Pen zu stehen, und macht deutlich: „Der Front National ist keine antisemitische, rassistische oder fremdenfeindliche Partei. Ich will, dass das klar ist.“¹⁶ Rhetorisch wendet sie sich also vom Erbe des Vaters ab: Es sei nicht ihr Ziel, „die extreme Rechte der siebziger Jahre wiederherzustellen.“¹⁷

- Verteidigung „republikanischer Werte“? Stattdessen positioniert sich die neue Vorsitzende mit ihrem gemäßigten und damit mediengewandteren Umgangston als Repräsentantin und Verteidigerin republikanischer Werte. Anders als ihr Vater sucht Marine Le Pen bewusst die Nähe zu Journalisten, sie gibt Interviews im Fernsehen und Radio und platziert fremdenfeindliche Thesen gezielt unter dem Deckmantel der Verteidigung republikanischer Werte wie des Laizitäts-Prinzips (Trennung von Staat und Religion). Dabei betont sie

beispielsweise, zwischen Muslimen zu unterscheiden, die in Übereinstimmung mit diesem Prinzip leben und solchen, die dies nicht tun: „Ich rufe alle Muslime dazu auf, sich mir anzuschließen; das ist ein Kampf, den wir gemeinsam führen müssen.“ (zitiert in *Le Point*, Nr. 1996, 16.12.2010, S. 38 – 44).

Auch mit dem bewussten Besetzen von aktuellen gesellschaftspolitischen Themen setzt Marine Le Pen dem Vergangenheitsbezug ihres kriegsnostalgischen Vaters den Gegenwartsbezug einer „zweifach geschiedenen Mutter von drei Kindern“ entgegen, die sich für Abtreibung und Partnerschaft ohne Tauschein ausspricht, auch auf Kosten der traditionellen fundamentalistisch katholischen Anhängerschaft des FN. In ihrem Kalkül ist der mögliche Verlust dieser Stammwähler zu verkraften, wenn dafür neue Wähler aus der Mitte der Gesellschaft angesprochen werden können. Auch der gesellschaftspolitische Teil des Programms kann mit Blick auf die ökonomisch unterprivilegierten Protestwähler des FN interpretiert werden, wenn man akzeptiert, dass Abtreibung und die Existenz von „Patchworkfamilien“ vor allem für die unteren Einkommensschichten auch mit materiellen Konsequenzen verbunden sind – der Schutz der davon Betroffenen also durchaus eine sozialpolitische Komponente aufweist.

- Von einer neoliberalen zu einer protektionistischen Wirtschaftspolitik Ein weiterer Wandel zeichnet sich bei den wirtschaftspolitischen Vorschlägen des FN ab. Bekannte sich der FN einst klar zu „weniger Steuern“ und „weniger Staat“ in der Wirtschaftspolitik, so favorisiert er heute eher das protektionistische Modell eines starken, interventionistisch (und nicht nur regulierend) eingreifenden Staates (*État stratège*). Um dem Staat die dafür notwendigen Handlungs- und Steuerungsmöglichkeiten zurückzugeben, so Marine Le Pen, sei der Ausstieg aus dem Euro und eine Neuverhandlung der EU-Verträge notwendig. Dies erlaube eine protektionistische nationale Wirtschaftspolitik sowie das Prinzip des „nationalen Vorzugs“ (*préférence nationale*) bei der Vergabe von Arbeitsplätzen (vgl. Website des FN).

Der Generationenwechsel im FN bringt also durchaus eine Neuausrichtung der Partei mit sich, die zunächst strategisch begründet ist. Der Versuch der neuen

¹⁸ Christian de Boissieu: „Marine Le Pen et Bruno Gollnisch, deux conceptions différentes du Front national“, in: La Croix, Nr.38703, 01.07.2010, S.6

Parteivorsitzenden, ein jüngerer, moderneres, weiblicheres und damit vergleichsweise gemäßigeres Profil zu vertreten, schlägt sich in positiven Zustimmungswerten der Bevölkerung nieder, die von 22% auf 28% innerhalb des Zeitraums Januar bis März 2011 stiegen (TNS Le Pen). Insgesamt betont eine große Mehrheit, dass Marine Le Pen das Bild des FN positiv beeinflusst habe (77%) (Viavoice Janvier). Etwa die Hälfte der Franzosen attestiert Marine Le Pen eine größere Glaubwürdigkeit als ihrem Vater (52%) und sieht sie nicht als Gefahr für die Demokratie (44%)

(Viavoice Avril). Stattdessen stufen sie den Front National als eine Partei wie jede andere ein (55%) (BVA). Die Strategie der „Normalisierung des FN“, die das Vordringen in neue Wählerschichten erlauben soll, scheint zu verfangen. Der FN verlässt demnach die Rolle der rechten Randscheinung und etabliert sich zusehends als parteiübergreifende Sammlungsbeziehung (Libération 13.01.2011, S. 21). Marine Le Pen selbst beschreibt dies so: „Meine Strategie ist es, alle Franzosen zu versammeln, egal ob sie von Rechts kommen oder von Links.“¹⁸

4. Bedeutung für den Präsidentschaftswahlkampf 2012

Nimmt man die beschriebene „Normalisierung“ der Partei als Ausgangspunkt einer Analyse möglicher Szenarien für den Wahlkampf 2012, so scheint die Zeit der Ausgrenzung des FN vorbei. Die Politik des amtierenden Präsidenten Sarkozy, der seinen Wahlerfolg 2007 seiner rechtspopulistischen Rhetorik und Kampagne verdankte, hat dazu beigetragen. Vor dem Hintergrund der oben etablierten neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie und den nicht eingetretenen materiellen Verbesserungen der Lebensverhältnisse jener unteren und mittleren Einkommensschichten, die Sarkozy zum Sieg verholfen hatten, überraschen die Prognosen hinsichtlich der Präsidentschaftswahl 2012 wenig. So attestieren weitere Studien Marine Le Pen gute Aussichten für den Einzug in die Stichwahl. Dies könnte auf Kosten von Nicolas Sarkozy geschehen, was bereits 70% der Franzosen als wahrscheinlich ansehen. Da jedoch nur 18% in ihr eine gute Präsidentin sähen (HI LCP), ist auch klar, dass eine Auseinandersetzung mit ihr (anstelle der Ausgrenzung) Sinn ergibt. Dabei scheinen zwei Strategien möglich:

- **Rechtspopulismus**

Präsident Sarkozy hat mit der jüngsten Polemik um die „Wiedereinführung von Grenzkontrollen“ an den Binnengrenzen der EU gezeigt, dass er weiterhin bereit ist, die rechtspopulistische Karte zu spielen. Einige seiner Berater sehen in Zeiten der zunehmenden internationalen und europäischen Verflechtung und Einbettung der Wirtschaftspolitik in einem emotionalen, auf „Symbole und Werte“ bauenden Wahlkampf das einzige erfolgsversprechende Terrain. Verbunden mit einer aktiven Außenpolitik, die ein patriotisches Zusammengehörigkeitsgefühl erzeugt, könnte dies den Wahlsieg für Sarkozy bringen. Abgesehen davon, dass damit der Trend zur Normalisierung des

FN weiter beschleunigt würde, müssen sich diese Berater jedoch fragen lassen, ob sie die Präferenzen der Wähler richtig einschätzen.

- **Wirtschaftspolitik**

Eine alternative Strategie könnte in der Präsentation eines überzeugenden wirtschaftspolitischen Programms bestehen, das im Kern ein gerechteres, moderneres Steuersystem beinhalten könnte. Damit würde ein zentrales Anliegen der Wählerschaft aufgenommen. Nach einer als zu lang und zu intensiv empfundenen Beschäftigung mit „dem Kampf gegen Unsicherheit“ (Nennung mit 17%) und „dem Umgang mit Immigration“ (13%) wünschen die Wähler mehrheitlich eine Fokussierung auf wirtschaftliche Themen wie den Kampf gegen Arbeitslosigkeit (48%) oder die Verbesserung der Kaufkraft (44%) (CSA). Gleichzeitig ließen sich so beispielsweise die wirtschaftspolitischen programmatischen Schwächen des FN verdeutlichen.

Welche Strategie die Akteure letztendlich einschlagen, wird nicht nur über den Erfolg oder Misserfolg des Front National und seiner neuen Vorsitzenden entscheiden. Vielmehr hängt davon auch ab, ob die derzeit in ganz Europa wahrnehmbaren populistischen Parolen sich weiter in der Mitte der Gesellschaft etablieren und damit die Politik bestimmen können. Am Ende liegt es bei den französischen Bürgern und Politikern, ob Frankreich diesen europäischen Trend bestätigt oder ob es den propagierten einfachen „Lösungen“ auf Kosten der Minderheiten, der Einwanderer und der sozial Schwächsten eine Politik mit dem substanziellen Willen zur Gestaltung der neuen gesellschaftlichen Verhältnisse entgegenstellt.

Anhang – Überblick über die für diese Studie herangezogenen Meinungsumfragen

Das dfi hat für diese Ausgabe der AFA die aktuellen Meinungsumfragen etablierter Meinungsforschungsinstitute in Frankreich herangezogen (BVA, CEVIPOF, CSA, IFOP, Harris Interactive, LH2, Opinionway, TNS Sofres, Viavoice). Alle arbeiten mit nach Alter, Geschlecht, Beruf, Einkommen sowie geographisch gewichteten, repräsentativen Sampels der französischen Wahlbevölkerung. Die jeweils 900 bis 1500 Teilnehmer wurden telefonisch, teilweise über Internet befragt. Alle Umfragen sind online zugänglich, dort auch die methodischen Details der jeweiligen Umfrage. Im Einzelnen wurden von uns folgende Umfragen herangezogen (in Klammern die bei den Verweisen im Text benutzten Abkürzungen; alle Links wurden am 08.06.2011 überprüft):

BVA (*BVA*)

Baromètre de la politique économique BVA – Absolu – Les Échos – France Info, Mars 2011: Popularité de la politique économique, opinion des Français à l'égard des propositions du Front National, image du Front National <http://www.france-info.com/IMG/pdf/BVA-FRANCEINFO-MARS2011.pdf>

CEVIPOF (*Cevipof*)

Le Panel Électoral Français 2007, Nicolas Sarkozy - Analyse socio-démographique et politique des votes (Sylvie STRUDEL avec la collaboration de Viviane Le HAY), Enquête post-électorale présidentielle 2007 <http://www.cevipof.com/PEF/2007/V2/PEF07V2-SarkozySS.pdf>

CSA (*CSA*)

Le climat politique post-cantonaux et les intentions de vote pour le premier tour de l'élection présidentielle de 2012 Vague 3 <http://cache.20minutes.fr/pdf/2011/autres/sondage-csa-bfmtv-rmc-20minutes-climat-politiquepost-cantonaux-intentions-vote-2012.pdf>

Harris Interactive

HI pour LCP-Assemblée nationale, « Les traits d'image de Marine Le Pen » (*HI LCP*) http://www.lcp.fr/IMG/pdf/LCP_-_Les_traits_d_image_de_Marine_Le_Pen_-_Sondage_Harris_Interactive_pour_LCP-Politique_Matin_-_27_janvier_2.pdf

Les motivations du vote Marine Le Pen, Mars 2011 (*HI VA*)

http://www.harrisinteractive.fr/news/2011/HIFR_results_valeuractu_11032011.pdf

IFOP (*Ifop*)

Ifop pour Paris Match - Le tableau de bord politique: Les personnalités – Mars 2011 http://www.ifop.com/media/poll/1432-1-study_file.pdf

LH2 (*LH2*)

L'impact de l'accession de Marine Le Pen à la présidence du Front National, Janvier 2011 http://www.lh2.fr/_upload/ressources/sondages/politique_nationale/lh2nouvelobsimpactaccessionmarinelepenpresidencefn12janv11pdf.pdf

Opinionway (*Opinionway*)

Baromètre confiance en politique, Vague 2, Décembre 2010 http://www.opinion-way.com/pdf/bj6992_-_cevipof_-_barometre_confiance_en_politique_vag2_prezvf_2_.pdf

Tns Sofres

Cantonaux 2011: enquête auprès des habitants des cantons avec duels FN-gauche ou FN-droite au 2nd tour (*TNS Cantonaux*) http://www.tns-sofres.com/_assets/files/2011.03.14-lepen.pdf

L'effet Marine Le Pen, März 2011 (*TNS Le Pen*)

http://www.tns-sofres.com/_assets/files/2011.03.29-cantonaux-2011.pdf

Viavoice

Baromètre Viavoice – Libération, Janvier 2011 (*Viavoice Janvier*) http://www.institut-viavoice.com/docs/barometre_viavoice_libe_janvier2011.pdf

Baromètre Viavoice – Libération, Avril 2011 (*Viavoice Avril*)

http://www.institut-viavoice.com/docs/Viavoice_liberation_avril2011.pdf

Aktuelle Publikationen des dfi

Deutsch-Französisches Institut, Wüstenrot Stiftung (Hrsg.): Stadtentwicklung und Integration Jugendlicher in Deutschland und Frankreich. Ludwigsburg, Wüstenrot Stiftung, 2011, - 351 Seiten

Deutsch-Französisches Institut et al. (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2010. Themenschwerpunkt „Frankreichs Geschichte: Vom (politischen) Nutzen der Vergangenheit“. Red.: Stefan Seidendorf. - Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2011, - 296 Seiten

dfi compact Nr. 9: Kolloquium für Bürgermeister und kommunale Verantwortliche aus Deutschland, Belgien und Frankreich. = Consultations franco-germano-belges avec des maires et des responsables communaux/Zuwanderung aus der Türkei, Besonderheiten eines Integrationsverlaufes; 2. - 3. Dezember 2009 in Berlin, 2010, - 175,4,171 Seiten

dfi compact Nr. 8: Nora Ratzmann: Reform des französischen Wohlfahrtsstaates. Die Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente am Beispiel des Allgemeinen Sozialbeitrages (Contribution Sociale Généralisée), April 2010, - 90 Seiten

Frank Baasner, Bérénice Manac'h, Alexandra von Schumann (Hrsg.): Points de vue - Sichtweisen: France - Allemagne, un regard comparé = Deutschland - Frankreich, ein vergleichender Blick, - Rheinbreitbach: NDV = Paris: Ed. Doumic, 2. Auflage 2010, - 269 Seiten

Frank Baasner (Hrsg.): Denkart Europa, Schriften zur europäischen Politik, Wirtschaft und Kultur, Band 11, Migration und Integration in Europa, Nomos Verlagsgesellschaft Baden-Baden, 2010. - 350 Seiten

Stefan Seidendorf: „Contesting Europe: the constitutive impact of discursive dynamics on referendum campaigns“, in: European Political Science Review 2:3, 2010, - S. 423-450

Eddy Fougier, Stefan Seidendorf: „Le traitement médiatique des questions européennes“, in: Claire Demesmay/Andreas Marchetti (Hg.): La France et l'Allemagne face aux crises européennes, Bordeaux: Presses Universitaires de Bordeaux, 2010, - S. 275 - 294

Die Aktuellen Frankreich-Analysen des dfi

Die Aktuellen Frankreich-Analysen erscheinen mehrmals im Jahr.

Redaktion: Stefan Seidendorf

Layout: Waltraut Kruse

Herausgeber:

Deutsch-Französisches Institut
Asperger Straße 34, D-71634 Ludwigsburg
Telefon +49 (07141) 93 03-0
Telefax +49 (07141) 93 03-50
E-mail: info@dfi.de

Zuletzt erschienen:

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 24
Astrid Kufer: Ende der Rente mit 60.
Eine Analyse der französischen Rentenreform 2010, November 2010. - 15 S.

Aktuelle Frankreich-Analysen Nr. 23
Frank Baasner: Reformpolitik unter Staatspräsident Sarkozy: Ein Angriff auf republikanische Grundwerte?, Juli 2009. - 15 S.

Nähere Informationen über die Aktivitäten und Publikationen des Deutsch-Französischen Instituts erhalten Sie unter obiger Adresse oder auf unseren Internet-Seiten: <http://www.dfi.de>